



HESSISCHER LANDTAG

10. 09. 2020

Kleine Anfrage

Torsten Felsthausen (DIE LINKE) und Janine Wissler (DIE LINKE) vom 27.05.2020**Klimaschutz in Hessen: Photovoltaik auf Dächern landeseigener Gebäude****und****Antwort****Minister der Finanzen**

Vorbemerkung Fragesteller:

Über 350 Jahre würde es dauern, um das Potential für Photovoltaik auf den landeseigenen Dächern auszunutzen, wenn der Zubau mit der Geschwindigkeit der Jahre 2014 bis 2017 unter der schwarz-grünen Landesregierung weitergehen würde. Das war das beschämende Ergebnis eines Berichtsantrags den die Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag Ende 2017 gestellt hat (Berichtsantrag „Klimaschutz in Hessen: Solarenergie auf Dächern öffentlich genutzter Gebäude, Drucks.19/5804 und Bericht der Landesregierung, ULA/19/49, 03.04.2018)

Von der 2017 insgesamt in Hessen installierten PV-Leistung kamen lediglich 0,044 % von Dächern des Landes. Obwohl das Land bis 2030 die Landesverwaltung klimaneutrale haben möchte, geht nicht die Landesregierung, sondern die Bürgerinnen und Bürger mit gutem Beispiel voran. Jetzt, zwei Jahre später, fragen wir erneut nach, welche Fortschritte die Landesregierung beim Ausbau der Solarenergie auf den Dächern der landeseigenen Gebäude erzielt hat.

Vorbemerkung Minister der Finanzen:

Mit Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom 5. Juni 2008 zur Beschaffung von Ökostrom wird in den Liegenschaften des Landes Hessen flächendeckend Ökostrom eingesetzt. Insofern werden bereits alle Liegenschaften des Landes mit klimaneutralem Strom versorgt.

Mit dem Vorhaben, die Photovoltaik (PV) auf landeseigenen Dächern auszubauen, handelt das Land Hessen im Sinne seiner Vorbildfunktion im Rahmen der CO₂-neutralen Landesverwaltung. Eine vollständige Deckung des Strombedarfes der Liegenschaften, die vom Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen (LBIH) betreut werden, ist nach derzeitigem Stand durch PV-Anlagen auf Dachflächen nicht möglich und wird demzufolge von der Landesregierung nicht angestrebt.

Die Antworten auf die nachfolgenden Fragen beziehen sich – dem schriftlichen Bericht der Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 03.04.2018 entsprechend – auf die vom LBIH verwalteten Gebäude.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit der Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wie folgt:

Frage 1. Laut den Angaben des Landesbetriebs Bau und Immobilien Hessen (LBIH) betrugen Anfang 2018 die vom LBIH genutzten, verwalteten oder im Eigentum des Landes stehenden Dachflächen „schätzungsweise 600.000 m²“. Lediglich „8.500 m²“ (1,4 %) dieser Dachflächen wurden für Photovoltaik genutzt. (Drucks. ULA/19/49, Antworten Fragen Nr. 1, 2)

- a) Wie viele Quadratmeter Dachfläche der vom LBIH verwalteten Gebäuden werden aktuell für Photovoltaik genutzt?
- b) Wie hoch war die jährlich zugebaute Leistung in den Jahren 2018 und 2019?

Bereits im schriftlichen Bericht der Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 03.04.2018 wurde dargestellt, dass von der Gesamt-Dachfläche (600.000 m²) ca. ein Drittel (d.h. eine Fläche von bis zu 200.000 m², s. Antwort zur damaligen Frage 4) das Potenzial zur Nutzung für Photovoltaik besitzt. Dieser Annäherungswert, der sich ohne Kenntnis der näheren baulichen, technischen und rechtlichen Umstände abschätzen lässt, wurde vom LBIH im Jahr 2020 durch Abgleich mit dem Solarkataster Hessen sowie einer Betrachtung auf Liegenschaftsebene überprüft und auf einen Wert von ca. 154.000 m² konkretisiert. Bezogen auf diese Potenzialfläche betrug die Anfang 2018 zur Solarstrom genutzte Dachfläche von 8.500 m² rund 5,5 %.

Aktuell werden auf landeseigenen sowie den vom Land Hessen genutzten angemieteten Gebäuden rd. 20.000 m² Dachflächen zur Erzeugung von Solarstrom genutzt (Stand: Juni 2020). Dies entspricht ca. 13 % der Potenzialfläche.

Zu Frage 1 b: Die jährlich hinzugebaute Leistung an vom LBIH betriebenen PV-Anlagen auf landeseigenen sowie den vom Land Hessen genutzten angemieteten Gebäuden betrug im Jahr 2018 rd. 400 kWp und im Jahr 2019 rd. 300 kWp.

- Frage 2. Auf ca. 200.000 der insgesamt 600.000 m² Dachfläche könnten bis zu 25 Megawattpeak Solarstrom erzeugt werden. (ebd. Antworten Fragen Nr. 4) Tatsächlich lag die installierte Leistung 2017 laut LBIH aber nur bei 859,65 kWp. Das waren 0,044 % der in Hessen insgesamt installierten Leistung.
- a) Wie groß ist der Anteil der auf landeseigenen Dächern installierten Leistung im Verhältnis zur insgesamt in Hessen installierten Leistung?

Die in Hessen installierte PV-Leistung beträgt 2.061,7 MWp (Stand: 31.12.2018, vgl. „Energie- wende in Hessen, Monitoringbericht 2019“, Seite 50, Tabelle 6). Der Anteil der auf landeseigen- en Dächern betriebenen PV-Anlagen daran beträgt rd. 1,57 MWp oder 0,08 %.

- Frage 3. Legt man die von der Landesregierung angegebenen Zuwachsraten der Jahre 2014 bis 2017 zu- grunde (ebd. Antwort auf Frage 5b), würde es noch über 350 Jahre dauern bis das Potenzial für Photovoltaik auf den landeseigenen Dächern ausgeschöpft wäre.
- a) Welche Maßnahmen hat die Landesregierung in den letzten zwei Jahren getroffen, um den Ausbau der Photovoltaik auf den Dächern von der LBIH verwalteten Gebäuden entscheidend zu beschleunigen?
 - b) Wie groß ist die geplante Zuwachsraten bis zum Ende der Legislatur und wann wird nach den Plänen der Landesregierung das ganze Potential realisiert sein?

Alle geeigneten Dachflächen sollen sukzessive mit Solaranlagen ausgestattet werden. Zu diesem Zweck hat die Landesregierung in den vergangenen zwei Jahren auf Basis des vom LBIH kon- kreterisierten Potenzials ein Bauprogramm zur Förderung des Ausbaus der Photovoltaik auf den Dächern der vom LBIH verwalteten Gebäude entwickelt. Vorbehaltlich des Haushaltsgesetzge- bungsverfahrens für 2021 sollen bis zum Ende der Legislaturperiode insgesamt 26 Mio. € in den Ausbau der Solarenergie investiert werden.

Bei der energetischen Sanierung von Bestandsgebäuden sowie generell bei der Sanierung von Dachflächen wird weiterhin zunächst die Eignung geprüft und dann über die Errichtung einer PV- Anlage entschieden.

Darüber hinaus ist grundsätzlich vorgesehen, alle Neubauten mit PV-Anlagen auszustatten.

Zu Frage 3 b: Die Zuwachsrate ist abhängig von den im Rahmen des Haushaltsaufstellungsver- fahrens zu treffenden Festlegungen. Nach derzeitiger Planung soll mit Umsetzung des Baupro- grammes das vorhandene Potential an Dachflächen, die vom LBIH verwaltet werden, bis zum Ende der Legislaturperiode vollständig ausgeschöpft werden.

- Frage 4. Nach der Darstellung der Landesregierung betrug der Anteil der vom LBIH verwaltet Gebäuden erzeugten solaren Energie ca. 0,57 % (ca. 800 MWh) an dem Strombedarf der hessischen Landes- verwaltung. „Im Rahmen der durchzuführenden Neubaumaßnahmen und energetischen Bestands- sanierungen wird dieser Anteil wesentlich gesteigert.“ Wie hoch der Anteil des selbst erzeugten Stroms 2030 - Datum der Klimaneutralität der Landesverwaltung - sein soll, könne gegenwärtig nicht seriös Abschätzt werden. (ebd. Antwort Frage 8d)
- a) In welchem Umfang wurde in den letzten zwei Jahren der Anteil der selbsterzeugten Solarener- gie am Stromverbrauch der Landesverwaltung gesteigert?
 - b) Kann die Landesregierung jetzt, zwei Jahre nach unserer Frage, abschätzen, wie hoch der An- teil selbsterzeugten Stroms an dem Bedarf der Landesverwaltung 2030 sein soll?

Der Stromverbrauch der vom LBIH verwalteten Liegenschaften der Landesverwaltung lag im Jahr 2018 bei rd. 120.400 MWh. Die Feststellung des Stromverbrauchs für das Jahr 2019 wird erst im vierten Quartal 2020 nach Vorliegen aller Daten möglich sein. Dennoch lässt sich der Stromverbrauch für 2019 mit ungefähr der gleichen Menge wie der im Jahr 2018 prognostizieren.

Der erzeugte PV-Strom betrug 2018 rd. 800 MWh. Für das Jahr 2019 sind rd. 880 MWh zu erwarten. Der Anteil des erzeugten PV-Stroms an den Stromverbräuchen der Landesverwaltung betrug demnach im Jahr 2018 rd. 0,66 %. 2019 wird der Anteil rd. 0,73 % betragen.

Zu Frage 4 b: Der Anteil des selbsterzeugten Stroms am Bedarf der Landesverwaltung 2030 orientiert sich zum einen an der vorhandenen für PV nutzbaren Dachfläche (Potential) und zum anderen am prognostizierten Verbrauch. Davon ausgehend, dass der Stromverbrauch ungefähr gleichbleibt und das Potential zur Solarstromerzeugung vollständig ausgeschöpft wird, kann der Anteil des PV-Stroms am Gesamtverbrauch bis zu 3,4 % betragen. Da erwartet wird, dass der

Stromverbrauch in den Landesliegenschaften insbesondere durch den Ausbau der Elektromobilität steigen wird, wird sich der Anteil des PV-Stromes entsprechend geringer darstellen.

- Frage 5. Nach Auskunft der Landesregierung sei die Rentabilität ein entscheidendes Kriterium, ob Dächer landeseigener Liegenschaften mit Photovoltaikanlagen bestückt würden. Die technisch-wirtschaftliche Realisierbarkeit von PV-Anlagen würde standardmäßig innerhalb des CO₂-Minderungs- und Energieeffizienzprogramms (COME-Programm) geprüft werden. (ebd. Antwort Frage 6)
- a) Wie rentabel ist nach Berechnungen der Landesregierung aktuell die Eigenstromnutzung für Liegenschaften der Landesverwaltung? Angaben bitte unter Nennung der Berechnungsgrundlagen des COME-Programms.

Die Rentabilität liegt den Erfahrungen des LBIH zufolge zwischen 12 und 20 Jahren. Das heißt, es wird innerhalb der rechnerischen Nutzungsdauer eine Refinanzierung des eingesetzten Kapitals und der Betriebskosten erreicht.

Im aktuellen Ansatz werden Herstellungskosten (einschl. baulicher Nebenarbeiten wie z.B. Blitzschutz) von 1.900 bis rd. 3.000 €/kWp (2018: max. 2.700€/kWp) zu Grunde gelegt. Im Anlagenbetrieb sind die Instandhaltung mit 1,5 % sowie die Verwaltung mit 0,5 % der Herstellungskosten jährlich zu berücksichtigen. Weiterhin wird ein Kalkulationszinssatz mit 1 % p.a. und für die Strompreissteigerung derzeit 5 % p.a. angesetzt. Die Instandhaltung wird mit 2 % p.a. indiziert. Gemäß AfA-Tabelle des BMF ist der Abschreibungszeitraum für PV-Anlagen auf 20 Jahre festgelegt.

Die im Rahmen des COME-Programmes angewendeten Berechnungsgrundlagen entsprechen damit den allgemein etablierten Methoden der Wirtschaftlichkeitsberechnung für PV-Anlagen.

Wiesbaden, 4. September 2020

Michael Boddenberg